



Mai 2011

Die Hauptaufgaben: Verteilungsgerechtigkeit und Regulation

Der Paradigmenwechsel in den 80er Jahren stellt den entscheidenden Wendepunkt dar. Seitdem ist die Umverteilung von unten nach oben kennzeichnend für die Wirtschaftspolitik in vielen Ländern, wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung. Die „Gewinnklemme“ sollte überwunden werden. Theoretisch wiesen die vorherrschend gewordenen Leitbilder von Monetarismus und Neoklassik den Weg: Arbeitslosigkeit war angeblich eine abhängige Variable der Lohnkosten, Deregulierung der Arbeitsmärkte sollte genau diese senken, beschränkte Inlandsnachfrage durch Exportnachfrage und wirtschaftsliberale Globalisierung ausgeglichen werden. Deregulierte Finanzmärkte brachten neue und ungeahnte Renditeversprechen jenseits realer Produktion mit vorher nicht erlaubten hohen Kredithebeln. Die Politik musste diesen Weg bereiten und darüber hinaus mittels Unternehmenssteuersenkungen die Nettorendite steigern: „Gewinne von heute sind Arbeitsplätze von morgen“ lautete das propagandistische Versprechen an die Bevölkerung. Linke Volksparteien, programmatisch allenfalls ausgestattet mit einem fragwürdigen Bastard-Keynesianismus, schienen ratlos und schließlich anpassungsbereit. Grüne Wachstumsskepsis sanktionierte die wirtschaftlichen Stagnationsphasen mit dem Hinweis, Wachstum sei sowieso nicht mehr möglich.

Das alles hat funktioniert und funktioniert noch. Die Ergebnisse sind allerdings ziemlich verheerend: Soziale Verwerfungen, Prekarisierung, hohe Arbeitslosigkeit, allenfalls fragile kurze Aufschwünge, Finanzkrise, Staatsschuldenkrisen usw.

Die materielle Basis für die Wohlstandsmehrung in jedem Land ist die steigende Produktivität, eine gleiche Zahl von Menschen kann mehr Güter oder Dienstleistungen erstellen. Prinzipiell kann in diesem Umfang das Gesamteinkommen steigen (plus Zielinflationsrate), das ist das Wachstumspotential oder der Verteilungsspielraum für die Primärverteilung von Löhnen und Gewinnen. Ob es tatsächlich zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsaufbau kommt, hängt aber maßgeblich von der Verteilung selbst ab. Warum?

Beschäftigung und Arbeitsplätze korrelieren überhaupt nicht mit der Höhe der Arbeitskosten, sondern sind eindeutig gekoppelt an das Auf und Ab der Investitionen. Schon in einzelbetrieblicher Sicht ist klar, dass Unternehmen zunächst und vor allem Aufträge brauchen, damit (zusätzliche) Umsätze, Gewinne und Beschäftigung und reale Einkommenssteigerungen möglich werden. Produktion findet nur statt, soweit Aufträge eingehen. Unternehmen orientieren sich bei ihren Investitions- und Einstellungsentscheidungen und auch den Renditeerwartungen (neben den Finanzierungsbedingungen, sprich Zinsen) vor allem an den Absatzchancen. Aufträge sind nur ein anderes Wort für Nachfrage. Das marktwirtschaftliche Wachstum wird so

hauptsächlich von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage angetrieben. Ohne eine nachhaltige Absatzerwartung gibt es keine unternehmerischen Realinvestitionen und damit auch kein beschäftigungserhöhendes Wirtschaftswachstum.

„Soziale Marktwirtschaft“ (oder ein sozialstaatlich geleiteter Kapitalismus) bedeutet im Kern, dass das Wachstumspotential oder der Verteilungsspielraum allen Mitgliedern der Gesellschaft zur Verfügung stehen muss bzw. alle – vom Unternehmer bis zum Rentner und zum Staat als Gemeinwesen – daran in gleicher Weise teilhaben. Nur so bleibt der Wirtschaftskreislauf ohne fundamentale Probleme in Schwung, die Einkommen und Zusatzeinkommen fließen größtenteils mit Ausnahme einer üblichen und unproblematischen Sparquote wieder in die Güter- und Dienstleistungsmärkte zurück, Finanzmärkte haben hier eine untergeordnete und dienende Funktion.

Dieser Kreislauf ist durch die Umverteilung von unten nach oben fundamental gestört. In den USA ist die Ungleichverteilung wieder so hoch wie vor der Weltwirtschaftskrise 1929, in Deutschland hat die Einkommensungleichheit vor allem in den letzten 15 Jahren rasanter als anderswo zugenommen. Hier wurde seitdem bei der Primärverteilung der Verteilungsspielraum nicht mehr ausgeschöpft (niedrige Tarifabschlüsse, vor allem aber Lohnstagnation und -senkung im inzwischen großen Sektor der nichttarifgebundenen Löhne und Niedriglöhne) mit der Folge einer drastisch gesunkenen Lohnquote. Die Verteilungsverluste der abhängig Beschäftigten (Bruttolöhne) summieren sich auf eine Größenordnung von ungefähr einer Billion Euro. Der davon entfallende Anteil an entgangenen Steuern und Sozialabgaben ist riesig und beträgt aufsummiert vielleicht 300 Milliarden Euro. Hatte vormals die Sekundärverteilung (Steuern) noch ansatzweise egalisierend gewirkt, so verstärkt in den letzten zwei, drei Jahrzehnten die Steuerpolitik die Umverteilung nach oben noch zusätzlich (Senkung der Unternehmens- und Vermögenssteuern).

Kein Wunder, dass Konsum wie Staatsnachfrage, also die Binnennachfrage als größter Auftragsblock für Unternehmen, lahmen. Damit fehlt der ganz maßgebliche Investitionsanreiz guter Absatzerwartungen und das ist schließlich der Grund, warum die Nettoinvestitionen deutscher Unternehmen langfristig sogar absolut sinken, obwohl die Gewinne seit langen Jahren geradezu explodieren. Nicht weniger rosig ist die Situation im öffentlichen Sektor, dort decken die Investitionen nicht einmal mehr den Ersatzbedarf. **Die gesunkene volkswirtschaftliche Investitionsquote hat ihre Ursache in einem fundamentalen Mangel an Verteilungsgerechtigkeit** und ist die entscheidende Blockade für stabiles Wachstum und mehr Beschäftigung, wodurch die öffentlichen Haushalte wegen geringer Steuerzuwächse und wachsenden Ausgaben, die durch Arbeitslosigkeit und Armut verursacht sind, zusätzlich unterminiert werden. Deswegen haben wir nicht mehr ein Bild allgemeinen Wohlstands, sondern eine Konstellation privaten Reichtums auf der einen Seite und privater und öffentlicher Armut und Verschuldung auf der anderen Seite bei einer gleichzeitig verunsicherten Mittelschicht.

Wenn die normalen Konsumenten und der Staat zu wenig Geld haben für die privaten und öffentlichen Bedürfnisse, weil das Geld dahin gelenkt wird, wo schon viel Geld ist, anstatt in die Lohntüten und öffentlichen Kassen, haben die Unternehmen auch weniger Aufträge und weniger Gewinne werden reinvestiert. Was soll die fehlenden Aufträge ersetzen und wohin fließen die hohen Einkommen und Gewinne? Das vorherrschende Paradigma hält dafür zwei

Lösungen bereit: einseitige Exportorientierung und wuchernde Finanzmärkte. Beide Lösungswege verschlimmern aber die fragile ökonomische Situation, sie sind letztlich Irrwege.

Zunächst: Steigende Exporte und Importe, also eine zunehmende Verflechtung der Volkswirtschaften, können wohlfördernd sein, wenn die Einfuhren und Ausfuhren und die Zahlungen einigermaßen im Gleichgewicht bleiben – kurz gesagt, die Leistungsbilanzen der Länder einigermaßen ausgeglichen sind. Verkauft ein Land auf Dauer mehr als es einkauft, entstehen Leistungsbilanzüberschüsse, also Geldforderungen gegenüber dem Ausland, der umgekehrte Fall führt zu Leistungsbilanzdefiziten. - Auf die Situation zunehmender Einkommensungleichheit und struktureller Nachfragerücken haben verschiedene Länder allerdings unterschiedlich geantwortet mit der Folge vorher nie dagewesener (!) außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte weltweit und speziell in der Eurozone.

Die deutsche Wirtschaftspolitik (ähnlich Japan, China, einige kleine europäische Länder) bremste jahrelang die Inlandsnachfrage aus und drückte mit vorgeschobenen Wettbewerbsgründen die Lohnstückkosten wie kaum ein anderes Land. Der Exportanteil an der Gesamtnachfrage nahm ständig zu mit der Folge rasant ansteigender Leistungsbilanzüberschüsse. Aufsummiert betragen sie nahezu eine Billion Euro, was den Reichtum in privater Hand zusätzlich fördert. Die wegen einer sinkenden Investitionsquote nur schwache inländische Kreditnachfrage konnte nur einen bescheidenen Teil davon absorbieren. Zudem versprachen die deregulierten Finanzmärkte höhere Renditen als sie mit Realinvestitionen zu verdienen sind, nicht zuletzt, weil sie sich vermehrt der Spekulation mit ausländischen Finanzprodukten zuwandten und die Verschuldung anderer Länder finanzierten.

Denn andere Länder (USA, einige Krisenländer der Eurozone) begegneten den Stagnationstendenzen, indem sowohl der Staat als auch der Privatsektor dauerhaft höhere Ausgaben als Einnahmen tätigten, was die Leistungsbilanz dieser Länder passivierte, sie waren zunehmend auf Kapitalimporte, d. h. Kredite anderer Länder, angewiesen. Dies verstärkte ebenfalls die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Für diese Entwicklung in diesen Ländern war ein unregulierter Finanzmarkt gleichfalls eine Voraussetzung, denn andernfalls hätte die leichtfertige Kreditvergabe, die Weiterverbriefung der Kredite und die unsolide Finanzierung von Immobilienbooms oder anderen Spekulationsblasen gar nicht stattfinden können.

Das heißt, Überschüsse und Defizite bedingen sich gegenseitig. Sind die „anderen Länder“ nicht bereit, sich leichtfertig und übermäßig zu verschulden, können die Überschussländer auch keine Überschüsse erwirtschaften und keinerlei Wachstum erreichen, weil die stagnierende Inlandsnachfrage nicht mehr kompensiert wird. Versuchen die anderen Länder ebenfalls, sich aggressiven Exportstrategien mittels Kosten- und Binnennachfragesenkung zuzuwenden, führt der Unfug des „Wettbewerbs der Nationen“ in die Sackgasse allgemeiner Stagnation und in den Unterbietungswettbewerb. Das deutsche Exportüberschussmodell, das auf Gürtel-enger-schnallen und Verzicht auf Verteilungsgerechtigkeit baut, ist deshalb nicht nachhaltig, sondern destabilisierend.

An dieser Stelle ist auf die Eingangsbemerkung zurückzuverweisen: Ausgangspunkt der Probleme ist das überzogene Anspruchsdenken der Kapitaleseite, von dem der Druck zur Umverteilung ausgeht. (Vorsicht: Die Rede ist hier nicht von psychologischen Kategorien, Gier etc., was es natürlich auch gibt, sondern von ökonomischen und ideologischen Kategorien!) Letztlich illusionäre Renditeerwartungen und deren Durchsetzung destabilisieren erst die eigene Gesellschaft und Volkswirtschaft durch zunehmenden Druck auf die eigene Bevölkerung und ihr Gemeinwesen, den Staat, und im zweiten Schritt durch sich verstärkende außenwirtschaftliche Ungleichgewichte die internationale Realökonomie.

Die in jeder Hinsicht unverhältnismäßig expandierenden Finanzmärkte verstärken diesen Prozess. Sie speisen sich zum einen aus den kraft Umverteilung stärker steigenden Geldvermögen und Vermögenseinkünften, die nicht mehr in den Güterkreislauf zurückkehren wie auch aus den Gläubigerpositionen der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Dieses anlagesuchende und renditegieriger Kapital wird um ein Vielfaches gesteigert in deregulierten Finanzmärkten mittels neuer „Produkte“ und durch die Geldschöpfung des Finanzsektors selbst: Mit hohen Krediten und nicht mehr mit eigenem Geld werden die Renditen bei Spekulation und Investmentbanking in traumhafte Höhen gehebelt (Leveraging). Wie soll Geld in die Realinvestition fließen, wenn doch die versprochene Rendite auf den Finanzmärkten viel höher ist? Mit anderen Worten: Die so zentrale Investitionsquote kommt nun nicht nur von der Nachfrageseite her unter Druck, sondern wird zusätzlich beeinträchtigt durch den Renditevergleich mit Finanzanlagen. Während zudem auf Gütermärkten eine höhere Nachfrage z. B. nach Brötchen in kurzer Zeit durch eine höhere Produktion von Brötchen ausgeglichen wird und nicht zu Preissteigerungen führt, endet die boomende Nachfrage auf den Vermögenmärkten, wo die Gegenstände (Aktien, Immobilien, Währungen usw.) nicht einfach vermehrbar sind, in Vermögenspreisblasen, deren Platzen dann letztlich immer wieder unvermeidbar ist.

Eine grundlegende Wende wird unausweichlich. Ihre Hauptpunkte sind Verteilungsgerechtigkeit und Regulation. Wenngleich sie nur schrittweise umgesetzt werden können, muss sich eine linke Volkspartei über die Perspektive Klarheit verschaffen und um diese Perspektive kämpfen.

Deutschland muss seine Strategie, die auf dauerhafte und hohe Leistungsbilanzüberschüsse abzielt, aufgeben und strukturell und dauerhaft die Binnennachfrage erhöhen. Im Umfeld einer wachsenden Weltwirtschaft heißt das nicht weniger Export in absoluten Zahlen, sondern höhere Inlandsnachfrage und dann eine gleichgewichtete Zunahme von Binnen- und Exportnachfrage. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht ist als zentrales Ziel zu verankern. Eine solche Politik entschärft die aktuellen Spannungen mit anderen Handelspartnern (USA, Frankreich, europäische Krisenländer), sie fundiert reale Partnerschaft anstelle von rücksichtslosem und kurzsichtigem Wettbewerbsegoismus.

Zur dauerhaften Stärkung der Binnennachfrage müssen die Verteilungsspielräume wieder voll ausgeschöpft werden, Lohnerhöhungen dem Pfad von Produktivität und Zielinflationsrate folgen. Im Kontext der Eurozone empfiehlt sich einige Jahre für Deutschland sogar eine etwas stärkere Erhöhung, während die Krisenländer unterhalb dieses Normalpfades bleiben müssen – nicht aber durch drakonische Lohnsenkung kaputtgespart werden dürfen!

Lohnerhöhungen können nicht einfach verordnet werden, Lohnpolitik ist Sache der Tarifparteien. Daraus folgt aber keineswegs eine politische Abstinenz in lohnpolitischen Fragen, denn Lohnabschlüsse hängen von politischen Stimmungen und Kräfteverhältnissen ab – und von der Definitionshoheit über ökonomische Zusammenhänge. Eine linke Volkspartei muss also ihre lohnpolitische Position formulieren. Konkret muss die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gestärkt werden bis hin zum Verbot der Aussperrung. Flächentarifverträge und Tarifbindung sind mit allen Mitteln zu fördern, zunächst durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen. In diesen Kontext gehören gesetzliche Mindestlöhne, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das Verbot der Leiharbeit muss sich vorbehalten werden. Personalabbau im öffentlichen Dienst und Privatisierungen sind zu beenden. Diese Aufzählung ist nicht abschließend, sondern gibt nur den Trend vor.

Die Steuerpolitik (Sekundärverteilung) soll wieder mehr egalisierend wirken und dies aus ökonomischen Gründen. Das Ziel besteht darin, einen Teil der auf den Finanzmärkten vagabundierenden hohen Einkommen und Vermögen wieder dem Güterkreislauf zuzuführen und zwar über den öffentlichen Haushalt. Dort sind vor allem die öffentlichen Investitionen dauerhaft zu erhöhen. Gleichzeitig kann mit diesen Einnahmen die Sanierung der vor allem in Folge der Finanzkrise prekär gewordenen öffentlichen Verschuldung erleichtert werden. Die Mittel sind altbekannt: Finanztransaktionssteuer, höhere Besteuerung der Vermögen, ggf. Vermögensteuer für natürliche wie juristische Personen gleichermaßen. Durchaus höhere Unternehmenssteuern bei gleichzeitiger Anhebung der Abschreibungssätze belohnen Unternehmen für Realinvestitionen und bestrafen jene, die ihr Geld auf den Finanzmärkten parken.

Im Blick auf die Finanzmärkte ist das strategische Ziel, diesen Sektor zu verkleinern und Spekulation und Investmentbanking zu verteuern oder teilweise zu verunmöglichen. Ein Teil von Maßnahmen kann hier nicht national, sondern muss schließlich auf europäischer Ebene bzw. in der Eurozone umgesetzt werden (im Einzelnen und zur Perspektive der Umsetzungsebene vgl. beispielsweise Sebastian Dullien, Hansjörg Herr, Christian Kellermann: Der gute Kapitalismus, 2009). Wesentliche Punkte sind hier neben der strikten Kontrolle aller Akteure und aller „Finanzprodukte“ und deren Zulassung: Erstens garantiert künftig der Staat das klassische Bankgeschäft, aber nicht den Spekulationsbetrieb und das Investmentbanking. Geht etwas schief, müssen die Gläubiger haften. Zweitens ist die Abhängigkeit von den Ratingagenturen zu reduzieren und deren Bedeutung zu vermindern. Das geschieht vor allem dadurch, dass bei den Kapitalunterlegungsvorschriften für Banken und andere Institute starrere und typisierte (je nach Art der Anlagen oder des Geschäfts) Prozentvorgaben gemacht werden. So können z. B. bei Staatsanleihen Null Prozent Eigenkapitalunterlegung, beim Eigenhandel der Finanzinstitute bis zu 100 Prozent Eigenkapitalunterlegung verlangt werden. Letzteres wäre eine entscheidende Vertuierung des Casinobetriebs. Ziel ist hier generell, hohe und gefährliche Kredithebel zu verunmöglichen. Viertens sollten Währungen der bedeutenden Weltwirtschaftsländer koordiniert geführt und reguliert werden (Bretton Woods II), um der destabilisierenden Währungsspekulation den Boden zu entziehen. Fünftens müssen Staatsanleihen generell und speziell in der Eurozone garantiert bleiben, die Zentralbanken sind an der Refinanzierung der Staaten – letztlich mittels Eurobonds – im Primär- wie Sekundärmarkt zu beteiligen.